



Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 11. November 2014

Vorlagen-Nr. 14-F-08-0053

**Sachstand Informationsfreiheitssatzung
- Antrag von Linke&Piraten vom 17.09.2014 -**

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.3.2012 wurde unser Entwurf einer Informationsfreiheitssatzung den Stadtverordneten der Landeshauptstadt Wiesbaden als Beschlussvorschlag vorgestellt. Die Stadtverordnetenversammlung hatte daraufhin einstimmig beschlossen: „Der Magistrat wird beauftragt, im Rahmen des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration eine Anhörung zum Thema ‚Informationsfreiheitssatzung‘ durchzuführen.“ (Beschluss Nr. 0154)

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Zwischenbericht abzugeben.

Beschluss Nr. 0084

1. Der Antrag von Linke&Piraten vom 17.09.2014 betr.

Sachstand Informationsfreiheitssatzung

wird angenommen.

2. Der Magistrat (Dezernat I und II) wird gebeten, insbesondere unter Bezugnahme auf den Beschluss Nr. 0006 des Ältestenausschusses zum Antrag „Sachstand Informationsfreiheitssatzung“ vom 31.01.2013 (13-F-03-0013) über den Sachstand in Bezug auf den Austausch mit anderen Bundesländern bzw. der seinerzeit geplanten Anhörung zu berichten.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2014

Apel

Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2014

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2014

Dezernat I
Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister